



Die deutschen Vorschläge für die Reparationskommission.

§§ Berlin, 26. August. Der deutsche Vorschlag, der den Delegierten der Reparationskommission nach Paris mitgegeben wurde, läuft darauf hinaus, daß die Lieferung von Kohle und Holz für Frankreich durch Privatlieferungsverträge mit den Produzenten gesichert werden soll, wobei für Nichterhaltung der Lieferungsverträge hohe Konventionalstrafen festzusetzen wären. Dieser Vorschlag ist im Einvernehmen mit den Vertretern der deutschen Industrie gemacht worden, mit denen während des Donnerstags verhandelt worden ist. Die deutsche Regierung hat infolgedessen die Versicherung abgegeben können, daß die deutschen Lieferanten von Kohle bereit seien, derartige Lieferungsverträge zunächst bis Ende 1923 abzuschließen. Diese Möglichkeit wird durch das Überwachungsabkommen geschaffen, das am Donnerstag unter Vorsitz des Arbeitsministers mit Wirkung vom 1. September abgeschlossen worden ist.

Die deutsche Regierung hat wegen der Kürze der Zeit ihren Vorschlag nur in Umrissen formulieren können, und beiden Delegierten der Reparationskommission ist ein Memorandum mitgegeben worden, aber die deutsche Regierung hat angefügt, daß sie ihren Vorschlag noch näher ausführen und erläutern werde. Da die beiden Delegierten aber bereits abgereist sind, wird das Memorandum durch Vermittlung der Kriegskostenkommission der Reparationskommission übergeben werden.

Die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärten zu dem Vorschlag der Regierung: „Wenn diese Anregung der Reichsregierung von der Gegenseite angenommen würde, wäre darin eine glückliche Lösung zu erblicken. Das Deutsche Reich würde so einer Beschlagnahme deutscher Eruben und Forsten entgehen. Trotzdem muß man sich darüber klar sein, daß wir, wenn dieser Vorschlag von der Entente angenommen würde, eine ungeheure Verpflichtung übernehmen. Wir können ihr nur nachkommen, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber von dem gleichen Gedanken befeuert sind, ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Sache zu stellen.“

Die wirtschaftliche Notlage.

Berlin, 26. August. (Amtlich.) Die steigende wirtschaftliche Not, die sich weiterer Bevölkerungszunahme bemächtigt hat und sich in den letzten Tagen durch die ungeheure Entwertung der Mark noch mehr zu verschärfen droht, ist Gegenstand ernster Sorge der Reichsregierung. In einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Ressorts des Reichs und Preußens, die heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, wurde eine Reihe von Vorschlägen geprüft, die auf die Milderung dieser Notlage abzielen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt und die zuständigen Ressorts beauftragt, ihre Vorschläge hierzu einem Ministerrat vorzulegen, der morgen vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentreten wird. Für Montag werden die Ministerpräsidenten und einige Beamte der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten werden.

Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung u. a. eine Zollerhöhung auf Luxusartikel sowie auf Tabak, Kaffee und Kakao. Dabei wurde auch der Gedanke eines evtl. gefeierten Einfuhrverbots gewisser Luxuswaren erörtert. Ferner soll das Kabinett gewisse Einschränkungen der Brauereitriebe in Erwägung ziehen, um Getreidemengen zur besseren Brotversorgung frei zu bekommen. Auch mit dem Gedanken, die notwendigen Lebensmittel zu rationieren, hat man sich beschäftigt.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat in einem Schreiben die Minister auf den Ernst der wirtschaftlichen Lage hingewiesen. In aller nächster Zeit sollen, die durch diese Lage bedingten Maßnahmen nach vorhergehender Erörterung mit dem Ministerrat zum Gegenstand einer Aussprache mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher gemacht werden.

§§ Neue Kohlenpreiserhöhung. Als Wirkung der neuen Lohnerhöhungen im Bergbau wird eine große Kohlenpreiserhöhung erwartet. Man rechnet mit einem Aufschlag auf westfälische Fettschmelzenerkohle von mindestens 1850 Mark, so daß sich der Preis ab 1. September pro Tonne auf 3400 Mark stellen dürfte. Die endgültige Preisfestsetzung liegt beim Reichskohlenrat.

Amerikanischer Plan zur Sanierung Europas.

* Paris, 26. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Aus Williamstown wird der „Chicago Tribune“ gemeldet: Die amerikanischen Bankiers hielten eine inoffizielle Konferenz ab, um den Plan für die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu erörtern. Dieser läuft im Grunde darauf hinaus, allen alliierten Schuldner Amerikas, mit Ausnahme Englands, die Schulden nachzulassen. Aber für diese Hilfe sollen Amerika und England, die beiden einzigen Gläubigerstaaten, den übrigen Ländern Bedingungen auferlegen, die dazu führen sollen, das wirtschaftliche Gleichgewicht und normale Handelsbedingungen wiederherzustellen. Der Generaldirektor der National Bank von New-York, Dr. Anderson, stellte folgende Forderungen auf, die als Bedingungen für die Schuldenanleihe zu gelten hätten:

- 1) Reform der öffentlichen Finanzen und Steuererhöhungen.
- 2) Einstellung der Papiergeldinflation des kontinentalen Europas, Wiederherstellung der Goldbasis, wobei aber eine billigere Goldbasis hergestellt werden soll.
- 3) Wirtschaftliche Behandlung der Reparationszahlungen in Verbindung mit einer großen Verminderung der gesamten Reparationssumme, Gewährung eines Mora-

toriums für drei oder fünf Jahre, das nur dann unterbrochen werden soll, wenn eine auswärtige Anleihe Deutschland in die Lage versetzt, die Reparationssumme zu bezahlen.

4) Beseitigung der hohen Zollsätze, die in den verschiedenen Staaten Europas eingeführt worden sind.

Wenig Hoffnung für Oesterreich.

D. E. Rom, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechung in Verona, wo vor hundert Jahren Chateaubriand und Metternich verhandelt, dauert zur Stunde an. Aber es ist vorauszu sehen, daß sie nicht anders ausgehen wird als in London, d. h. der österreichische Trümmerhaufen wird dem Genfer Schuttalagerungsplatz überwiesen werden. Schanzer erklärte einem Journalisten, man dürfe weder von einer Union noch von einer Fusion mit Italien sprechen. Ein entscheidender Charakter komme Verona überhaupt nicht zu. Die Frage müsse vom Völkerbund geprüft werden. Für Italien sei es von Interesse, daß der Zusammenbruch nicht von anderen Nationen ausgenutzt werde; in diesem Sinne arbeite Italien. Nach der „Tribuna“, die sich mit Händen und Füßen gegen jede Lösung wie Anschluss und Volkunion wehrt, habe die Erklärung des Bundeskanzlers Seipel tiefen Eindrud gemacht. Seipel betonte besonders die Dringlichkeit der Hilfe, da er andernfalls für nichts eintreten könne.

w. Verona, 26. August. Bei der Unterredung zwischen Außenminister Schanzer und dem Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte Schanzer, die italienische Politik gegenüber Oesterreich sei geleitet von der gewissenhaften Beobachtung des St. Germainer Vertrages. Schanzer erklärte formell, daß Italien aus diesen Gründen sich jeder Änderung des Status quo in Oesterreich widersetzen würde. Der Minister erkannte die Notwendigkeit an, daß die Methoden für die Reorganisation Oesterreichs ohne weiteren Aufschub von der italienischen Regierung geprüft werden müßten. Grundsätzlich der Vorschläge betreffend eine wirtschaftliche Verbindung zwischen den beiden Ländern versprach Schanzer, daß die italienische Regierung die österreichischen Vorschläge unverzüglich auf ihre Durchführbarkeit hin prüfen werde; endgültige Vorschläge würden von Italien aber erst nach der Entscheidung des Völkerbundes gemacht werden können. Italien beabsichtige, nur in Übereinstimmung mit den interessierten auswärtigen Kabinetten zu handeln. Über die Eröffnung der vom italienischen Parlament bereits bewilligten Anleihe von 70 Millionen Lire werden sich die beiderseitigen Finanzminister miteinander in Verbindung setzen.

* Paris, 26. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Einer Londoner Meldung des „Zeitungs“ zufolge hätten die tschechische und die jüdislawische Regierung beschlossen, Oesterreich Hilfe zu gewähren. Die Form dieser Hilfeleistung werde in Marienbad erörtert. Politische Kreise Belgrads widersetzten sich einer teilweisen Befreiung Oesterreichs durch die Kleine Entente. In Frankreich setzt man Hoffnungen auf ein Eingreifen des Völkerbundes. Das „Echo de Paris“ behauptet, daß der französische Finanzachseverstande Arenal einen Bericht über die österreichische Finanzlage ausarbeite. Die französische Regierung wünsche, gemäß den Forderungen des Kanzlers Seipel, daß der Völkerbund irgendeine Lösung nach vor dem 15. September zustande bringe, aber diese Hilfe solle weniger finanzieller Natur sein. Vor allem wünsche Frankreich eine Reform der österreichischen Verwaltung und sodann die Einrichtung einer internationalen Gendarmerie, die eher in der Lage wäre, die Ordnung aufrecht zu erhalten, als die österreichische Volkswehr.

London, 26. August. „Daily Chronicle“ meldet aus Paris, die französische Regierung sei sehr besorgt wegen der Verhältnisse, welche aus dem Zusammenbruch Oesterreichs entstanden seien, die, wie man fürchte, zu einem Zusammenstoß bewaffneter Streitkräfte zwischen Oesterreich und den benachbarten Mächten führen könnten. Das österreichische Problem werde in Paris als noch dringender angesehen als die Reparationsfrage. Während der letzten 24 Stunden seien in Paris Berichte bezüglich eines Anschlusses Oesterreichs an Italien eingetroffen; in ähnlichen Kreisen Frankreichs werde erklärt, daß ein solches Vorgehen den Krieg zwischen Italien und der Kleinen Entente bedeuten würde. Andererseits werde mitgeteilt, daß Italien der Kleinen Entente nicht erlaube, eine vorhersehende Stellung in Oesterreich einzunehmen. Von Paris werde ein dringender Appell an die Alliierten gerichtet, dem Durcheinander auf dem Balkan ernste Aufmerksamkeit zu widmen, um eine Kriegsgefahr zu verhindern.

London, 26. August. Der Berichterstatter der „Daily News“ in Belgrad erzählt amtlich, daß alle Mitglieder der Kleinen Entente eine aktive Rolle bei der finanziellen und wirtschaftlichen Herstellung Oesterreichs übernehmen würden. In politischen Kreisen sei die Stimmung entschieden gegen eine teilweise Befreiung österreichischer Gebiete durch die Kleine Entente. Die Regierungen Südslawiens, der Tschechoslowakei und Rumaniens hätten beschlossen, Oesterreich finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Die feindliche Lügenpropaganda.

Berlin, 26. August. Von böswilliger Seite werden, offenbar in der Absicht, die Beziehungen zu unseren ehemaligen Feinden noch mehr zu erschüttern, als dieses bereits der Fall ist, immer wieder unwahre und noch dazu höchst törichte Nachrichten verbreitet, die leider an gewissen Stellen nur zu leicht Glauben finden. Hierzu gehört das Gerücht, das vor kurzem auftauchte, Deutschland beabsichtige, die russische Flotte mit 12 Bootsdieselmotoren zu versorgen. Eine bekannte Firma habe für diesen Zweck einige Maschinen hergestellt, die in Frachtschiffe und Eisbrecher eingebaut und dann mit den Schiffen zusammen nach Rußland verkauft werden sollen. Diese Nachricht ist in vollem Umfang erfunden. Es sind keine 12-Bootdieselmotoren oder ähnliche Maschinen für die russische Flotte in Deutschland hergestellt, geschweige nach Rußland ausgeführt worden. Dazu kommt, daß die maßgebenden Stellen auf Grund des gegenwärtigen Standes der Gefesgebung in der Lage sind, die Veräußerung von Rauffahrtsschiffen ins Ausland und ihre Ausfuhr zu verbieten. Von dieser Möglichkeit würde eventuell selbstverständlich Gebrauch gemacht werden.

Italien rechnet mit einem deutschen Chaos.

D. Rom, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) In Rom rechnet man mit einem zweiten Zusammenbruch der Zentralmächte als einer unabwehrbaren Tatsache. Der Direktor des „Il Paese“, der nach Berlin abgereist ist, meldet die Ausichtslosigkeit aller Rettungsversuche angesichts des französischen Vernichtungswillens. Das deutsche Chaos werde Europa zehnmal stärker in Mitleidenschaft ziehen als die Wiener Katastrophe.

Englische Sehlügen.

W. Berlin, 26. August. Die „Times“ berichtet aus Riga, ein deutscher General Braun mit 100 Offizieren habe seine militärische Studienreise in Rußland beendet. Trotzli werde den Plan einer Militärkonvention dem deutschen Generalstab (den es bekanntlich gemäß dem Friedensvertrag nicht gibt) persönlich vorlegen. Es handelt sich hier um eine der seit dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo in einer gewissen Presse immer wiederkehrende Tendenzmeldungen. Selbstverständlich ist die Behauptung ebenso frei erfunden, wie die bisher verbreiteten und von deutscher amtlicher Stelle bereits zurückgewiesenen.

In einem auch von der „Agenzia Stefani“ übernommenen Telegramm des „Daily Telegraph“ wird mitgeteilt, daß der österreichische Bundeskanzler Seipel auf seiner Reise in München auch mit der bayerischen Regierung verhandeln werde. Wie dazu von zuständigen Stellen aus München mitgeteilt wird, haben keinerlei Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Seipel und der bayerischen Regierung stattgefunden und schon aus dem Grunde nicht stattfinden können, weil Graf Lerchenfeld sich zurzeit auf Urlaub befindet, Bundeskanzler Seipel ist auf der Reise Berlin-Verona durch München ohne Aufenthalt durchgeföhren.

Englands Schulden an Amerika.

* Paris, 26. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die englische Regierung antwortete durch ein offizielles Communiqué auf die Note des amerikanischen Schatzkanzlers Mellone, in dem angegeben wird, daß tatsächlich die Gesamtheit der von der Union England gewährten Vorschüsse dazu dienen sollte, daß England seine Anleihen an Amerika bezahle. Aber, fügt das Communiqué hinzu, wenn die englische Regierung nicht gezwungen gewesen wäre, ihren Alliierten für deren Einkäufe in England und in den neutralen Ländern Vorschüsse zu machen, so hätte sie selbst keinerlei finanzielle Hilfe von den Vereinigten Staaten gebraucht. Idrigens habe die englische Regierung bereits im Jahre 1916 von der amerikanischen Regierung gefordert, England von der Notwendigkeit zu befreien, seinen Alliierten zu helfen, indem Amerika Einkäufe der Alliierten in den Vereinigten Staaten direkt finanzierte. Aber diese Vorschläge seien abgelehnt worden. (England hat i. Zt. ein Darlehen von 876 Millionen Pfund Sterling von Amerika erhalten und diese ganze Summe seinen Verbündeten als Vorschuß gewährt. — D. Red.)

Der tschechisch-südslawische Bündnisvertrag unterzeichnet.

T. U. Prag, 26. August. Die Besprechungen zwischen Paschitsch und Benesch in Marienbad sind erfolgreich abgeschlossen, und Dr. Benesch hat nach einer Audienz beim König Alexander Marienbad wieder verlassen. In einem Artikel der „Prager Presse“ wird ausgeführt, daß in der Aussprache über die mitteleuropäische Lage besonders das österreichische Problem in allen Einzelheiten und für alle Eventualitäten verhandelt und daß dabei eine vollständige Übereinstimmung erzielt wurde, die für beide Staaten von ungewöhnlicher Wichtigkeit sei. Das neue Bündnis sei gegenüber dem bisherigen Verträge wesentlich verlängert und ergänzt worden, insbesondere durch neue Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller, kommerzieller Art, die die Volkswirtschaften beider Staaten einander näher bringen sollen. Es wird ferner festgestellt, daß der in nächster Zeit zur Veröffentlichung gelangende neue Bündnisvertrag nur eine Wessichtigung der Beziehungen zwischen Südslawien und der Tschechoslowakei darstellt, an dem das Verhältnis dieser beiden Staaten zu Rumänien und auch zu Polen nichts ändere.

Die Kosten der Rheinlandbesatzung.

Häufig ist in der Presse auf den ungeheuren Kostenaufwand, den die Rheinlandbesatzung macht, hingewiesen worden. Das deutsche Volk hat sich nun aber anscheinend an die großen Milliardenzahlferrn so gewöhnt, daß der Eindrud, den ein derartiges Ausfahren des deutschen Volkes durch die Besatzungsarmee machen muß, nicht genügend zur Geltung kommt. Deshalb verjucht der „Rheinische Bauer“ seinen Lesern den ganzen Ernst der furchtbaren Verpflichtungen in einer anderen Form vor Augen zu führen. Er drückt die Lasten der Rheinlandbesatzung in Brot aus. Die Kosten der Besatzung betragen jährlich 120 Millionen Mark.

Das bedeutet: in Brot umgerechnet: 8000 Millionen Brote zu 15 Mark;

oder 60 Millionen Deutsche müssen nur für die Rheinlandbesatzung jährlich 8000 Millionen 4-Pfund-Brote opfern; oder jeder Deutsche muß nur für die Rheinlandbesatzung jährlich 133,3 4-Pfund-Brote zu je 15 Mark opfern; oder jeder Deutsche muß nur für die Rheinlandbesatzung täglich 750 Gramm liefern (während jedem Deutschen täglich nur rund 300 Gramm ausreichen); oder wenn eine Familie von 5 Köpfen täglich ¼ Brot (1500 Gramm) zu kaufen bekommt, muß sie außerdem mehr als 1 ½ Brote (3750 Gramm) täglich dem Moloch der Rheinlandbesatzung opfern.

Es sind wirkungsvolle Zahlen, die hier richtig und geschickt gruppiert sind. Mögen sie in weiten Kreisen aufklärend und nachdrücklich wirken.

Die französischen Giftmischer vom Rhein.

Die Klage, daß die Bestrebungen der rheinischen Separatisten, die Herren Dorten und Genossen, eine wesentliche Unterstützung durch die französische Besatzungsarmee erfahren, ist wiederholt begründet. Erst kürzlich ist dieses bei der Ausweisung des Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Mommsen bewiesen worden. Daß die Franzosen, seitdem sie die Besetzung des Rheinlandes mit allen Mitteln hinarbeiten, dafür finden sich, ein neuer Beweis in einem Briefe, in dem der amerikanische General Pershing dem damaligen Präsidenten von Amerika mitteilt, daß der Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Koblenz im Mai 1919 durch den französischen General Mangin angefragt wurde, welche Haltung das Kommando der amerikanischen Besatzungsarmee angesichts einer politischen Revolution am westlichen Rheinufer zwecks Errichtung einer „unabhängigen“ rheinischen Republik einnehmen würde. Der Brief lautet:

Pershing, Amerikanische Expeditionsarmee.
Büro des Stabskommandierenden.
Paris, 22. Mai 1919.

Seiner Excellenz dem Präsidenten der Vereinigten Staaten.
Paris (Frankreich).

Geehrter Herr Präsident!
Ich habe Ihnen folgende Mitteilung des kommandierenden Generals der Besatzungsarmee erhalten:

„Seute morgen sandte General Mangin, kommandierender General der französischen Armee in Mainz, einen Oberst seines Stabes in das Hauptquartier des General Liggett, um festzustellen, welche Haltung wir gegenüber einer politischen Revolution auf dem westlichen Rheinufer mit dem Ziel der Errichtung einer unabhängigen von Deutschland freien rheinischen Republik einnehmen würden. Er fragte, welche Haltung Amerika gegenüber einer solchen neuen Republik einnehmen würde. Der betreffende Stabsoffizier erklärte, sie hätten 60 Deputierte zur Entsendung in den amerikanischen Senat bereit, die bei dem Ausbruch der Revolution mitwirken sollten. Die Bedeutung des Wortes Deputierte in diesem Zusammenhang ist unklar, aber es wurde erklärt, daß es Franzosen sein würden.“

General Liggett hat sehr richtig gehandelt, diesen Vorschlag abzulehnen und ich habe seine Haltung gebilligt. Ich habe ihn dahin instruiert, den übertritt politischer Agitatoren in unseren Abschnitt nicht zu gestatten ohne Rücksicht darauf, auf welchen Auftrag sie sich berufen.“

Ihr ergebener
J. M. Pershing.

Das sind die braven Franzosen des Herrn Poincaré.

Grubenunglück.

Dortmund, 26. August. Das Preussische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: In der Nacht vom 24. zum 25. d. M., nach der Mittagsmahlzeit, geriet auf der Schachtanlage „Vereinigte Rhein“ die Brennstoffkammer eines Mühlenschachtes in Brand. Beim Wobringen zur Brandstelle sind zwei Grubenbeamte, obwohl sie mit Rettungsmitteln ausgerüstet waren, an den Brandgasen erstickt. Weitere vier Grubenarbeiter sind durch die eingestürzten Mauersteine durchschlagenen Schichtenkammer unter dem Stimm I und II an den von „Vereinigte Rhein“ abgehenden Brandgasen, als sie mehrere über Ansicht noch gefährliche Bergleute retten wollten, tödlich verunglückt. Der Betriebsleiter der Schicht ebenfalls an den Rettungsbemühungen beteiligt hatte, schwebt in Lebensgefahr. Außerdem haben sich bei dem Versuch, den Brand zu löschen, noch zwei Beamte schwere Gasvergiftungen zugezogen. Somit sind also sieben Personen tödlich und drei weitere lebensgefährlich verunglückt. Weitere Leute sind nicht gefährdet. Die Leichen der Verunglückten sind mit Hilfe der Rettungsmannschaften der umliegenden Schachtanlagen geborgen worden. Der Brand ist noch nicht gelöscht, wird aber zusehends abgeklümt. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. Die bergbehördliche Untersuchung ist im Gange.

Süddeutschland gegen die Tarifpolitik der Reichsbahn.

München, 26. August. Gestern vormittag vereinigten sich im Sitzungssaal der Regierung von Oberbayern die Vertreter der großen Berufsorganisationen, der Industrie, des Handels, des Handwerks und Bauernstandes zu einer großen Versammlung, um gegen die beabsichtigte Vorlage des Reichsverkehrsministeriums, die Staffeltarife für nahe Entfernungen zu senken und dafür die Staffel für weitere Entfernungen zu erhöhen, Stellung zu nehmen. Auch die württembergische Handels- und Industriekammer und die badische Handelskammer hatten Vertreter zu den Beratungen entsandt. Am Schluß der Versammlung, die von Dr. von Mohr geleitet wurde, gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der u. a. nachdrücklich gefordert wird, daß der finanzielle Ausgleich der Reichsbahn nicht nur wie bisher durch ständige Erhöhungen, sondern vor allem auch durch Hebung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sichergestellt wird.

Der Winderheitsblock in Polen.

Kl. Aus Warschau wird uns geschrieben: Die vom polnischen Parlament beschlossene Wahlordnung für den neuen polnischen Sejm hat eine so geschickte ausgeglichene Wahlgeometrie geschaffen, daß die im Lande wohnenden nationalen Minderheiten so gut wie vollständig des Rechtes beraubt wurden, ihre Vertreter in den neuen Sejm zu entsenden. Unter krasser Nichtachtung der Bestimmungen der polnischen Konstitution und der Grundsätze der Demokratie schuf man ein Wert, bestimmt 45 Prozent der Einwohnerzahl des Staates die wichtigsten Bürgerrechte zu nehmen. Ähnlich gaben die Schöpfer dieses Wahlgesetzes, die Leute von der polnischen Nationaldemokratie selbst zu, daß eine Entrechtung der Volksminderheiten beabsichtigt sei, um Polen eine „polnische (d. h. nationalistisch-nationalistische) Politik zu sichern. Aber die völkischen Minderheiten haben angesichts der ihnen drohenden Gefahr einen Block der nationalen Minderheiten geschaffen, dem die Deutschen, die Juden, die Russen, die Ruthenen und die Weißrussen angehören.“

Die Gründung dieses Blocks fand am 17. August in Warschau statt. Neben den deutschen und den jüdischen Sejmabgeordneten hatten sich die Führer sämtlicher nationalen Organisationen der erwähnten Nationalitäten eingefunden. Die Deutschen waren durch den 1. Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Polens mit dem Sitz in Lodz, Dr. von Wehrenz, die Sejmabgeordneten Spidermann-Lodz, Hasbach-Schloß Buerzel, Schulrat Daischlo-Tuchel, Superintendent Marczewski-Solbau, Heile-Dirschau, die Vertreter der „Deutschen Arbeitspartei in Lodz“, die sich übrigens noch Bedenken ausgesprochen hat, Ing. Verbe, Kronig und Seidler, den Vorsitzenden des „Zentralverbandes der Deutschumorganisationen in Polen“, Landrat A. D. Naumann-Posen, und die Vertrauensleute des „Deutschumverbandes zur Wahrung der Minderheitsrechte“ in Bromberg, Major Graebe, Steinberg und Heidels, vertreten.

Man einigte sich dahin, daß der Wahlblock keinen reaktionären Anstrich tragen und die Arbeiterschaft weder im Sejm noch im Senat ohne Vertretung belassen darf. Nach den Wünschen, die den einzelnen Nationalitäten dank der Schaffung des Blocks eine ansehnliche Zahl von Mandaten bringen dürften, sind die neu gewählten Sejmabgeordneten und Senatoren nicht aneinander gebunden. Wer Sozialist ist, darf nach seiner Überzeugung stimmen, desgleichen der Liberale oder der Demokrat. Nur das Eine wurde zur Bedingung gemacht: Niemand und unter keiner Bedingung darf ein durch den Block zum Abgeordneten gewordener seine Stimme zum Schaden irgend einer Volksminderheit abgeben oder sonstige gegen die Interessen dieser Minderheiten sich betätigen.

Es wurde folgende Urkunde von den Vertretern der fünf Nationalitäten unterzeichnet: „Warschau, den 17. August 1922. Um die Ungerechtigkeiten auszugleichen, die den völkischen Minderheiten in Polen durch das Wahlgesetz angetan worden sind, organisieren wir undesunterzeichneten Vertreter der weißrussischen, deutschen, russischen, ukrainischen und jüdischen Nationalitäten ein Vereinigtes Wahlkomitee der völkischen Minderheiten, in das jede Nationalität eine aus drei Vertretern bestehende Delegation entsendet.“ — Als deutsche Mitglieder werden dem Wahlkomitee die Abg. Hasbach und Spidermann sowie ein noch näher zu bezeichnender deutsch Ostoberschlesier angehören.

Während der Verhandlungen wurde festgestellt, daß mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Ostgalizien die dortigen Ukrainer (Ruthenen) aller Voraussicht nach an den Wahlen nicht teilnehmen werden, so daß den dortigen Deutschen eine große Zahl von Abgeordnetenmandaten zufallen dürfte.

Der Verlauf der Verhandlungen gibt die Gewähr dafür, daß die Minderheitenvertreter im vollsten Vertrauen zu einander für die gemeinsame Sache arbeiten werden.

Gottfried mußte immer mehr und mehr die Trefflichkeit bewundern, mit der Sabine diesen Schreckensnachrichten zu begegnen wußte, und ihre Klugheit und Kombinationsgabe machten sie ihm nur liebenswerter. Bald versiel er darauf, diese Anlagen, die sie offenbar von dem gantigen Vater her hatte, auch geschäftlich auszunutzen, und in der Zeit, da die Freudenboltschaft des Prager Meien-Sieges über die Berge herüber nach Schlesiens flog, sah sie schon Gottfried gegenüber an dem großen Pult auf dem Blase, wo er selbst einst seinem stillen Vater gegenübergeessen hatte, und auf dem später der unglückselige Antonius Hartmann thronte, von dem kein Hauch der leisesten Kunde je mehr ins Waltersdorfer Tal drang. Gottfried meinte jetzt manchmal still bei sich, er müsse dem leichfertigen Komödianten doch eigentlich im Geiste die Hände küssen; denn ohne seine Streiche säße sie doch nicht jetzt auf Hartmanns Blase, die in seinen Augen der Liebreizendste, geistreichste und kurzweiligste Handlungsbesessene war, der je auf einem Pultsod hockte.

Der Jubel der Waltersdorfer über den Prager Sieg erschien auch Gottfried echt, besonders bei dem Festgottesdienst, der zur Feier des Sieges abgehalten wurde.

Während er andächtig der begeisterten Anbelpredigt des dürrigen Pastors lauschte, bemerkte er mit Stolz, wie die Blide der herben Frau Tugendreich, geborenen von Eckartsberg, von ihrer Loge aus lange mit stichtlichem Wohlgefallen auf dem blühenden Weibe an seiner Seite ruhten, und dann bewunderte er mit nicht minderem Entzücken den höflichen Sinn dieses jungen Werbes, die es über sich vermochte, dem grimmigen Vater, der ihnen gerade gegenüber in seinem Kirchenstuhl saß, mit ruhigen, glückseligsten Blicken zu begegnen, und sich auch nicht scheute, der verängstigten Mutter an dessen Seite einen lieben Gruß hinzubringen.

Als sie dann Arm in Arm, wie's sonst nicht Mode war unter den Waltersdorfern, zur Kirchenstürz hinaustraten, sahen sie zu ihrer starken Verwunderung die Gutsderrin auf sich zukommen. „Ich hatte noch nicht Gelegenheit, meine liebe Frau Schneider, Ihnen zu Ihrer Vermählung Glück zu wünschen!“ sagte die stolze Frau Tugendreich laut, so daß es alle die Kirchgänger rundum hören mußten, die ob solcher Beworung Sabine's Augen und Mund aufstießen. „Und auch Ihnen nicht, Herr Schneider. Nächsten Sie recht, recht glücklich werden in dem Bunde, den Sie in so schwerer Zeit geschlossen haben.“

Berichtete Mitteilungen.

Die Regelung der Bergarbeiterlöhne. Im Anschluß an die Lohn- und Arbeitsverhandlungen für das Ruhrgebiet sind am Freitag im Reichsarbeitsministerium auch die Löhne für die übrigen Stein- und Braunkohlenreviere geregelt worden. Die Parteien werden sich über die Annahme der Schiedsrichte bis zum 4. September erklären.

Die Deutschnationale Frauen in den Parlamenten. Die Zahl der weiblichen deutschnationalen Abgeordneten in den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder und Freien Städte ist 20; sie verteilen sich wie folgt: Reichstag: Frau Abg. Behm (Wahlkreis Bommern), Frau Abg. Mueller-Dietrich (Reichsliste), Frau Abg. Hoffmann-Bochum (Reichsliste). — Preussischer Landtag: Frau Abg. Deutsch (Ostpreußen), Frau Abg. Studientrat Lehmann (Potsdam II), Frau Abg. Noad (Bommern), Frau Abg. Dr. Spöhr (Frankfurt-Grenzmarkt), Frau Abg. Oberin von Tilling (Düsseldorf-Ost). — Sächsischer Landtag: Frau Abg. Büttmann (Sachsen-Ost). — Württembergischer Landtag: Frau Abg. Müller. — Badischer Landtag: Frau Abg. Richter. — Mecklenburgischer Landtag: Frau Abg. Schlexer. — Danziger Volksrat: Frau Abg. Malahne, Frau Abg. Postart, Frau Abg. Freudenthal, Frau Abg. Knoblauch. — Hamburg (Bürgerchaft): Bürgerchaftsmitglied Frau Schaper, Bürgerchaftsmitglied Frau von Arnoldi. — Bremen (Bürgerchaft): Bürgerchaftsmitglied Frau Direktorin Blathe. — Lübeck (Bürgerchaft): Bürgerchaftsmitglied Frau Müller.

Sperrung der Grenze durch Arbeiter. In Seiffen erz-dorf an der sächsisch-böhmischen Grenze haben die Arbeiter zur Selbsthilfe gegen den tschechischen Ausverkauf Sachsens gegriffen und sämtliche Grenzwege außer der Poststraße fest abgeperrt. Alle Tschechen wurden auf die Poststraße verwiesen und dort genau untersucht, namentlich die Frauen. Dabei wurde eine Unmenge Waren beschlagnahmt. Die Sperrenmaßnahmen, zu denen alle Arbeiter auf je zwei Stunden befohlen werden, erhalten gestempelte Legitimationen. Die tschechischen Ausplünderer flüchten fürchterlich und drohten mit Gegenmaßnahmen. Sie machten sich damit aber nur lächerlich.

Gehaltsregelung der Bankangestellten. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Reichsverband der Bankleitungen in der heutigen Besprechung erklärt, daß er beabsichtigt, am 30. August die Lohnsätze noch einmal zur Auszahlung zu bringen, außerdem den verheirateten Beamten der Reichsverband der Bankleitungen hat dagegen den Vorbehalt erhoben, daß diese Auszahlung zu verrechnen sei gegenüber der im Tarifvertrage vorgesehenen Revision der Augustbezüge, die nach dem Wortlaut des Tarifs Anfang September stattfinden soll. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hat erklärt, daß eine derartige Regelung einer erneuten Bevorschussung des Einkommens in der Praxis gleichkomme, die mit der von ihm geforderten außerordentlichen Beihilfe nicht das Geringste an tun habe. Er müsse sich also zu ihrer Erlangung seine organisatorischen Maßnahmen vorbehalten.

Am Wiener Parlamentsgebäude haben die unter sozialdemokratischer Führung stehenden Arbeitslosen am 23. d. Mts. bei den Ausschreitungen anlässlich der Demonstration gegen die Leuerung einen Sachschaden von hundert Millionen Kronen angerichtet.

D. Prag, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertreter der tschechisch-slowakischen Gewerkschaftsverbände verankerten gestern im Ministerium für soziale Fürsorge Maßnahmen gegen die schwere Wirtschaftskrise, die durch das Steigen der tschechischen Krone verursacht wurde. Am meisten leiden unter der Wirtschaftskrise die Glass-, Metall- und Textilindustrie. Das sozialistische Blatt „Pravo Lidu“ berechnet die Zahl der Arbeitslosen auf 600 000.

Zweifelhaft. Die tschechische Presse bringt oft Gerüchte gegen Weizsäcker und Richter, welche während des Krieges gegen das tschechische Volk amtiert und gerichtet haben, verurteilt jedoch die Namen solcher, welche als Tschechen Tschechen verurteilt haben. So wurde, wie tschechische Mütter in Erinnerung bringen, zum Beispiel anlässlich der hundertjährigen Feierlichkeiten für die Hingegangenen des Schützenregiments Nr. 7 verfahren, daß auch in Saida ein Gedenkstein aufgestellt hat, bei welchem eine größere Anzahl Weizsäcker verurteilt wurde. Leiter des Standesgerichtes in Saida war Hauptmann Lubitor Paráček, ein Tscheche, welcher in neun Fällen neun Todesurteile gegen Tschechen fällte und vollstreckte ließ.

Ottawa, 26. August. Die Bergarbeiter und die Besitzer der Kohlengruben von West-Canada haben ein Abkommen getroffen, auf Grund dessen die Arbeiter die Arbeit mit einem Abzug von 15 Prozent auf die Löhne von 1921 wieder aufnehmen.

Le Havre, 26. August. Die organisierten Seelente haben für einen 24stündigen Streik gestimmt, als Zeichen der Solidarität mit den Metallarbeitern. Die Schiffahrt wird bis Sonntag morgen eingestellt.

Gottfried mußte immer mehr und mehr die Trefflichkeit bewundern, mit der Sabine diesen Schreckensnachrichten zu begegnen wußte, und ihre Klugheit und Kombinationsgabe machten sie ihm nur liebenswerter. Bald versiel er darauf, diese Anlagen, die sie offenbar von dem gantigen Vater her hatte, auch geschäftlich auszunutzen, und in der Zeit, da die Freudenboltschaft des Prager Meien-Sieges über die Berge herüber nach Schlesiens flog, sah sie schon Gottfried gegenüber an dem großen Pult auf dem Blase, wo er selbst einst seinem stillen Vater gegenübergeessen hatte, und auf dem später der unglückselige Antonius Hartmann thronte, von dem kein Hauch der leisesten Kunde je mehr ins Waltersdorfer Tal drang. Gottfried meinte jetzt manchmal still bei sich, er müsse dem leichfertigen Komödianten doch eigentlich im Geiste die Hände küssen; denn ohne seine Streiche säße sie doch nicht jetzt auf Hartmanns Blase, die in seinen Augen der Liebreizendste, geistreichste und kurzweiligste Handlungsbesessene war, der je auf einem Pultsod hockte.

Der Jubel der Waltersdorfer über den Prager Sieg erschien auch Gottfried echt, besonders bei dem Festgottesdienst, der zur Feier des Sieges abgehalten wurde.

Während er andächtig der begeisterten Anbelpredigt des dürrigen Pastors lauschte, bemerkte er mit Stolz, wie die Blide der herben Frau Tugendreich, geborenen von Eckartsberg, von ihrer Loge aus lange mit stichtlichem Wohlgefallen auf dem blühenden Weibe an seiner Seite ruhten, und dann bewunderte er mit nicht minderem Entzücken den höflichen Sinn dieses jungen Werbes, die es über sich vermochte, dem grimmigen Vater, der ihnen gerade gegenüber in seinem Kirchenstuhl saß, mit ruhigen, glückseligsten Blicken zu begegnen, und sich auch nicht scheute, der verängstigten Mutter an dessen Seite einen lieben Gruß hinzubringen.

Als sie dann Arm in Arm, wie's sonst nicht Mode war unter den Waltersdorfern, zur Kirchenstürz hinaustraten, sahen sie zu ihrer starken Verwunderung die Gutsderrin auf sich zukommen. „Ich hatte noch nicht Gelegenheit, meine liebe Frau Schneider, Ihnen zu Ihrer Vermählung Glück zu wünschen!“ sagte die stolze Frau Tugendreich laut, so daß es alle die Kirchgänger rundum hören mußten, die ob solcher Beworung Sabine's Augen und Mund aufstießen. „Und auch Ihnen nicht, Herr Schneider. Nächsten Sie recht, recht glücklich werden in dem Bunde, den Sie in so schwerer Zeit geschlossen haben.“

Der Jubel der Waltersdorfer über den Prager Sieg erschien auch Gottfried echt, besonders bei dem Festgottesdienst, der zur Feier des Sieges abgehalten wurde.

Während er andächtig der begeisterten Anbelpredigt des dürrigen Pastors lauschte, bemerkte er mit Stolz, wie die Blide der herben Frau Tugendreich, geborenen von Eckartsberg, von ihrer Loge aus lange mit stichtlichem Wohlgefallen auf dem blühenden Weibe an seiner Seite ruhten, und dann bewunderte er mit nicht minderem Entzücken den höflichen Sinn dieses jungen Werbes, die es über sich vermochte, dem grimmigen Vater, der ihnen gerade gegenüber in seinem Kirchenstuhl saß, mit ruhigen, glückseligsten Blicken zu begegnen, und sich auch nicht scheute, der verängstigten Mutter an dessen Seite einen lieben Gruß hinzubringen.

Als sie dann Arm in Arm, wie's sonst nicht Mode war unter den Waltersdorfern, zur Kirchenstürz hinaustraten, sahen sie zu ihrer starken Verwunderung die Gutsderrin auf sich zukommen. „Ich hatte noch nicht Gelegenheit, meine liebe Frau Schneider, Ihnen zu Ihrer Vermählung Glück zu wünschen!“ sagte die stolze Frau Tugendreich laut, so daß es alle die Kirchgänger rundum hören mußten, die ob solcher Beworung Sabine's Augen und Mund aufstießen. „Und auch Ihnen nicht, Herr Schneider. Nächsten Sie recht, recht glücklich werden in dem Bunde, den Sie in so schwerer Zeit geschlossen haben.“

Der Jubel der Waltersdorfer über den Prager Sieg erschien auch Gottfried echt, besonders bei dem Festgottesdienst, der zur Feier des Sieges abgehalten wurde.

Während er andächtig der begeisterten Anbelpredigt des dürrigen Pastors lauschte, bemerkte er mit Stolz, wie die Blide der herben Frau Tugendreich, geborenen von Eckartsberg, von ihrer Loge aus lange mit stichtlichem Wohlgefallen auf dem blühenden Weibe an seiner Seite ruhten, und dann bewunderte er mit nicht minderem Entzücken den höflichen Sinn dieses jungen Werbes, die es über sich vermochte, dem grimmigen Vater, der ihnen gerade gegenüber in seinem Kirchenstuhl saß, mit ruhigen, glückseligsten Blicken zu begegnen, und sich auch nicht scheute, der verängstigten Mutter an dessen Seite einen lieben Gruß hinzubringen.

Als sie dann Arm in Arm, wie's sonst nicht Mode war unter den Waltersdorfern, zur Kirchenstürz hinaustraten, sahen sie zu ihrer starken Verwunderung die Gutsderrin auf sich zukommen. „Ich hatte noch nicht Gelegenheit, meine liebe Frau Schneider, Ihnen zu Ihrer Vermählung Glück zu wünschen!“ sagte die stolze Frau Tugendreich laut, so daß es alle die Kirchgänger rundum hören mußten, die ob solcher Beworung Sabine's Augen und Mund aufstießen. „Und auch Ihnen nicht, Herr Schneider. Nächsten Sie recht, recht glücklich werden in dem Bunde, den Sie in so schwerer Zeit geschlossen haben.“

Der Jubel der Waltersdorfer über den Prager Sieg erschien auch Gottfried echt, besonders bei dem Festgottesdienst, der zur Feier des Sieges abgehalten wurde.

Unter dem Selbstherrscher.

Roman von Fedor Sommer.

66

Da befehl der König, daß an den beliebtesten Übergangsstrecken nach den Wäldern hin ständig Wachtposten aufgestellt werden sollten, „Wachposten“ genannt. Die Ortschulzen wurden für ihre Einrichtung und deren Überwachung verantwortlich gemacht.

Und so richtete denn auch der alte Seyler mehrere solcher Wachposten ein, eine in den letzten Häusern im Grund, weil hier der bequemste Weg ins Braunauer Wäldchen führte, und eine draben auf der „Krenze“, wo's hinabgeht in die Grafschaft Blaz.

In einer genau festgesetzten Reihenfolge mußten sich die jungen Männer in Wäldewaldedorf und den Nachbargemeinden im Wächterdienst ablösen, und der alte Seyler überraschte die Wachposten zu jeder Tages- und Nachtzeit, um festzustellen, ob sie auch auf dem Posten seien. Er lehrte sich dabei an keinerlei Klagen über verfallene häusliche Arbeiten und an kein Murren über Anstrengungen und Leibesgeschäften.

Gottfried, dem solche Klagen zahlreich zu Ohren kamen, wollte in ihnen Anzeichen einer beginnenden Auflösung erblicken. „Wer Sabine lächelt nur dazu.“

„Daß sie Klagen und brummen!“ sagte sie. „Das erleichtert ihnen die Pflicht. Dabei magt doch keiner, sich ihr gama zu opfieren.“

Im Frühjahr wurde die Lage im Tale erheblich kriegerischer. General Schwerin zog in der Ebene bei Reichendach, jenseits des Eulentammes bedeutende Truppenmassen zusammen. Die Nachricht davon drang auch über den stollen Mülden herüber, und als gar ein Teil dieser Truppen über Schweidnitz und das Weistritthal heraufmarschierte, um über Waltersdorf gegen das böhmische Land vorzurücken, da streifte bereits der Obem des Krieges mit einem Hauch des Waltersdorfer Tal. Und Gottfried Schneider, der gespannt Beobachtende, mußte zugeben, daß es fast nur gute Wünsche waren, mit denen die Talbewohner diese ausziehenden Kreuze beglückten.

Wochen eines stillen Hartens vergingen denn, in denen mancherlei wilde Nachrichten das Tal durchschwirren, in das so selten eine zuverlässige Zeitungsnachricht drang.

Neue Bücher und Broschüren.

Stingenbergs Gebung. Ein Bild zur Orientierung über die strahlende Lage der Gegenwart von Friedrich Adolf Bogt. Berlin, Buchverlag. Fr. 36 A. Eine herrliche Neuerscheinung. — Reichssteuerreform 1922. Textausgabe mit Verweilungen und alphabetischem Sachverzeichnis. In 2 Bänden: Abgabensteuergesetz, Vermögenssteuergesetz, Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Grundsteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, Kennwert- und Lotteriegesez, Versicherungsteuergesez. C. S. Weidke Verlagshandlung, München. Preis geb. 80 M. — Was in Tübingen. Jean Paul, aus dem Siegfried nadergibt von Martin Lang. Mit 17 Heberzeichnungen von Carl Diez. Tübingen, Alexander Fischer Verlag. Preis 24 M. — Der Auf des Tages. Gedichte von Bogislav B. Selchow (2. Folge „Von Trost und Treue“). Marburg. A. G. Einverl. Preis 25 M. — Freimaurerei, Neuhelmsdorf und Amberg, im Hinblick auf Ursprung und Ziel der Freimaurerei dargestellt an Einblendung Neulandismus. Von Dr. Josef Döfer. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Preis 60 M.

Letzte Nachrichten.

Die Frage des Moratoriums für Deutschland.

w. London, 26. August. „Daily Chronicle“ erwartet, daß die Nachricht, Bradbury und Maulever hätten in Paris über die ihnen unterbreiteten Vorschläge Bericht erstattet, einen schädigenden Einfluß auf die deutsche Währung ausüben werde. In allen verantwortlichen Kreisen werde anerkannt, daß eine gemeinsame Aktion zur Wiederherstellung des Vertrauens unternommen werden müsse. Unmittelbare Aufgabe der Reparationskommission sei es, der Parität Einhalt zu tun. Das bedeute die Festlegung der Bedingungen, unter denen ein Moratorium gewährt werden könne, und setze ein Übereinkommen zwischen den Alliierten voraus.

Der Reichswirtschaftsrat gegen Voincaré.

Der mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Währung der durch die Marktentwertung bestehenden Wirtschaftskrisis betraute Ausschuß des Reichswirtschaftsrates unterbreitet über Ursachen und Folgen des Zusammenbruchs der deutschen Währung folgendes Gutachten:

Bei den Erörterungen über die Reparationsfrage wird gegen Deutschland immer noch der Vorwurf gerichtet, es habe mit Absicht seine Währung in Verfall geraten lassen, um sich dadurch der Erfüllung seiner Reparationspflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung verkennt das Wesen der in der Sphäre der Geldzirkulation sich vollziehenden Bewegungen, die immer nur ein Widerspiel von Vorgängen sind, die sich bei der Herstellung, der Ein- und Ausfuhr und dem Verbrauch von Sachgütern abspielen. Die Erzeugung, der Handel und der Verbrauch des deutschen Volkes stehen aber in so hohem Maße unter dem Druck von im Verfall der Friedensverträge begründeten Tatsachen und Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Logik und Vernunft Gewalt antun, daß hierin eine genügende Erklärung für den Verfall der deutschen Währung zu finden ist.

Die Hauptursache des Zusammenbruchs der Marktwährung ist die immer wieder erneute Verzögerung einer, der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands angemessenen Regelung der Reparationsfrage mit ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Die deutsche Zahlungsbilanz wurde mit übermäßigen Verpflichtungen in einem Zeitpunkt belastet, wo sie durch die Abtretung lebensnotwendiger Nahrungs- und Rohstoffgebiete, durch die Auslieferung der Handelsflotte, sowie durch den Verlust der Handelsorganisation im Ausland, durch die Ablieferung der auswärtigen Wertpapiere, durch die Pflichterfüllungen von Kohlen, Holz, Chemikalien, Vieh usw. und durch Bargzahlungen und Sachlieferungen bereits um mehrere Milliarden Goldmark passiv geworden war. Es ist für Deutschland unmöglich, mit seiner durch den Versailler Friedensvertrag so stark geschwächten Wirtschaftskraft diese Passivität seiner Zahlungsbilanz zu überwinden und gleichzeitig außerordentlich hohe Leistungen an das Ausland auszuführen.

Diese Auffassung wird gestützt durch die Beschlüsse der Konferenz von Genoa über die Finanzfrage, insbesondere die Entschlieung Nr. 7 über die Währung, die folgenden Wortlaut hat:

„So lange in dem Staatshaushalt ein Defizit besteht, das durch die Ausgabe von Papiergeld oder durch Bankkredite gedeckt wird, ist keine Währungsreform möglich und keine Annäherung an die Begründung der Goldbasis denkbar. Die allerwichtigste Reform muß daher Ausgleich der jährlichen Staatsausgaben ohne die Aufnahme neuer Kredite sein, denen keine neuen Aktivposten gegenüberstehen.“

Der Ausgleich des Staatshaushaltes erfordert angemessene Besteuerung; wenn aber die Staatsausgaben so steigen, daß sie die Besteuerung über das hinausstreifen, was aus dem Einkommen des Landes bezahlt werden kann, so kann auch die Besteuerung selber sehr wohl zur Inflation führen. Das wahre Heilmittel ist die Einschränkung der Staatsausgaben. Der Ausgleich des Staatshaushaltes wird durch Einschränkung des inneren Verbrauches viel dazu beitragen, einer ungenügenden Außenzahlungsbilanz abzuwehren. Aber es wird anerkannt, daß bei einigen Ländern die ungenügende Bilanz eine derartige ist, daß sie die Erreichung des Gleichgewichts im Staatshaushalt ohne die zusätzliche Hilfe einer Außenanleihe schwierig macht. Ohne eine solche Anleihe kann die verhältnismäßige Stabilität der Währung, von der der Ausgleich des Staatshaushaltes durch die oben bezeichneten Mittel zu einem nicht geringen Teile abhängt, unerreichbar werden.“

Es sei außerdem an die Entschlieung der Pariser Bankierkonferenz vom Juni dieses Jahres erinnert, die ohne jeden Vorbehalt erklärte, daß die Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationszahlungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich ist.

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß diese Meinungsäußerungen genügend Autorität besitzen, um den Vorwurf zu entkräften, das Moratoriumsersuchen der deutschen Regierung entspringe nicht der Zahlungsunfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern dem Wunsche Deutschlands, sich Zahlungsverpflichtungen zu entziehen, die an sich erfüllbar seien.

Nachdrücklich und feierlich erhebt der Ausschuß, in dem alle Kreise der deutschen Wirtschaft: Unternehmer und Arbeiter vertreten sind, gegen die Behauptung Einspruch, die Marktentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder das Verhalten maßgebender Wirtschaftskreise bewußt herbeigeführt worden. Er ist vielmehr der Auffassung, daß der, den angeführten gutachtlichen Äußerungen international anerkannter Sachverständiger zuwiderlaufende politische Druck auf das deutsche Volk abwärtszuführen zum Zusammenbruch der deutschen Währung geführt hat und damit auch zu dem der deutschen Wirtschaft führen muß, wenn er fortwährt. Der Ausschuß ist von der größten Besorgnis wegen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren erfüllt, die der deutschen Volksgemeinschaft aus der Marktkatastrophe erwachsen und erblickt die dringendste Gegenwartsaufgabe in einer Festlegung des Kurses der deutschen Währung.

Galt der Währungszerfall an, so bedrohen Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelnot in großem Maße das deutsche Volk. Das rapide Ansteigen der auswärtigen Wechselkurse macht die Verjüngung Deutschlands mit den zur Aufrechterhaltung der industriellen Tätigkeit notwendigen Rohstoffen und den zur Befriedigung des Nahrungsmittelbedürfnisses der städtischen Bevölkerung unbedingt erforderlichen Nahrungsmitteln immer schwieriger. Der Zwang zum Export um jeden Preis muß sich darum immer stärker geltend machen und notwendig nicht nur zur Fortdauer der Verschleuderung des deutschen Volkvermögens, sondern auch zu weiterer Störung des internationalen Warenaustausches durch Abwehrmaßnahmen hochvalutarischer Länder führen. Unvermeidbares Ende dieser Entwicklung ist neben der zunehmenden Trübung der internationalen Sphäre und Stärkung der Unfähigkeit im Weltmarkt schließlich aber der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, die so unfähig zu jeder Art von Reparationsleistungen wird. Ein verelendetes, vom Hunger gepeinigtes, als Weltwirtschaftsfaktor ausgeschaltetes Deutschland bedeutet aber aufs neue ein Hinsinkenden des europäischen Wiederaufbaues, die Fortdauer der Weltkrise und Weltarbeitslosigkeit und eine ungeheure Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, die der Zerrüttung des Kreislaufes der Weltwirtschaft entspringen.

Der Ausschuß hält die Behauptung, maßgebende politische und wirtschaftliche Kreise in Deutschland begünstigten diese Entwicklung, für absurd und weiterer Widerlegungen nicht bedürftig.

Kleine Kunstnachrichten.

Im Verlage von Lehmann & Klasing wird demnächst ein bedeutendes Werk „Wilhelm von Wode“ „Fünzig Jahre Musikzeit“ erscheinen, aus dem in Nr. 389 der „Schief.“ bereits Proben zum Abdruck gelangten. Geheimrat v. Wode überwacht persönlich die Ausstattung des Buches.

Handelsteil.

Berliner Börsennotizen.

Der Devisenmarkt zeigte im heutigen freien Verkehr dieselben Schwankungen wie am Vortage. Nur stellte sich der Dollar, der vormittags auf 2200 emporgeschwungen war, mittags auf 1800. Devisen London gingen von 9400 auf 8500-8200 zurück. Holland wurde von 8200 auf 76000 geworfen und amtlich sogar auf 70000 festgesetzt. Nur Deutschbörserische Noten zeigten sich fest und wurden mit 2,50 lebhaft begehrt. Der Effektenmarkt wies starke Zurückhaltung auf. Ausländische Renten waren infolge der Kapitallage abgekauft, so daß Ungarische Goldrente mit 3600 bis 3700, Ungarische Kronen mit 1075 und Polnische mit 1125 bis 1150 gehandelt wurden. Die Industrie-Effekten waren bei der weitgehenden Dollarabhaltung gut behauptet. Besonders wiesen verschiedene Farben- und Maschinenaktien, bei denen keine Kurie gehandelt wurden, feste Haltung auf. Von Montanaktien stellten sich Phönix auf 3100, Harpener 5400, Deutsch-Luxemburger 2600, Oberbedarf 1450, Caro 1400 und Mansfelder auf 715. Von Schiffsfaktien zeigten sich Hamburg-Elbe mit einem Kurse von 1700 gefestigt, während Lloyd auf einem Stande von 560 wenig verändert lag. Im übrigen wurden noch genannt: Norddeutsche Woll 3200, Penz 800, Oskwi 3400-3450, Hfa 490, Goldschmidt 1650.

Produktenbörse.

Breslau, 26. August. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: Ermattend. Preise außer Roggen nominell. Dlsaaten: fest bei schwachem Angebot. Preise nominell.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm:		20.		25.	
Getreide:					
Gerste (Sommer, alte)	2600-3000	2800-3200	Weizen alter	3300-3400	3500-3600
(Winter)	2800-2900	2400-2700	neuer	2800-3000	3000-3500
Safer	2300-2800	2400-2900	Dlsaaten:		
Gerste	—	—	Hanfsaat	—	—
Roggen alter	2800	—	Leinsamen	4000-4400	4000-4400
neuer	—	2900	Rohn (blau)	—	—
Hülsenfrüchte:					
25.		22.		25.	
Bitt.-Erbsen, gr. d. l. c. 3800-4000 2600-2800					
Kleine gelbe Erbsen — — — — —					
Futter-Erbsen — — — — —					
Weiße Bohnen — — — — —					
Mangobohnen — — — — —					
Rohfutter:					
25.		22.		25.	
M. u. B. Drahtpreß 480-500 470					
M. u. B. Bsp. preß 460-480 450					
G. u. S. Drahtpreß 485-500 475					
G. u. S. Bsp. preß 460-480 450					
geb. Weizen u. M. - Sir. 430-455 425					
geb. Weizen u. M. - Sir. 430-455 425					
Roggen - Str. - Kleid. 500-520 490					
Roggen - Str. - Weizen 480-500 470					
Weiz. gefund. trock. 600 600					
Weiz. gefund. trock. 650 650					

Nichtamtlicher Bericht. An der heutigen Produktenbörse war insofern Rückgang des Dollarkurses die Stimmung für Getreide ziemlich matt. Angebot mäßig, Preise rückgängig. Weizen alter und neuer Ernte schwach angeboten. Roggen zur Herbst- und Sommerernte neuer Ernte schwach angeboten. Wintergerste von Mälzereien und Nahrungsmittelfabriken gesucht. Safer schwach angeboten. Gerste sehr fest, aber in inländischer Ware kaum erhältlich. Für Auslandsware bestanden weiter hohe Forderungen. Erbsen sehr fest, aber mangels Ware fast geschäftlos; gefragt Leinsamen und Senfsamen. Für Raps neuer Ernte in trockener, knapp angebotener Ware bestand bei höheren Preisen gute Kaufkraft. Von Hülsenfrüchten waren besonders Erbsen, Speisebohnen bei sehr schwachem Angebot gefragt. Der Begehr nach Weizen, Weizenbrot, Lupinen und Bohnen bestand weiter, besonders für Lupinen. Am Meesatmarkt bewegte sich das Geschäft mangels Ware an seinen Saaten bei steigenden Preisen in sehr engen Grenzen, so daß auch vorjährige und Saaten mittlerer Güte mehr Beachtung fanden. Grassoaten und Infarnattee weniger und letzter Ernte gesucht, ebenso Luzerne und Jostelweide. Mais sehr in greifbarer Ware fehlend. Preise schwach nach dem Devisenkurs. Futtermittel sehr fest bei schwacher Nachfrage so fortziger und stärkerer Begehr zu späterer Lieferung. Angebot sehr schwach. Bei schwachem Angebot. Strohhalm ohne Angebot. Weizenstrohhalm etwas schwächer angeboten. Nahrungsmittel fest.

Elbeseifahrtstag.

Magdeburg, 24. August. Hier fand heute unter zahlreicher Beteiligung von Schiffahrtsinteressenten und in Anwesenheit von Vertretern aller preussischen Ministerien sowie einer ganzen Reihe von Handelskammern ein Elbeseifahrtstag statt.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Elbeseifahrt betonte die Notwendigkeit des engen Zusammenhanges aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen Faktoren, um aus der Elbe eine Verkehrsstraße ersten Ranges zu machen. Geh. Rat Professor Dr. Engels (Dresden) sprach über die technischen Möglichkeiten der Niedrigwasserregulierung. Er behauptete die an jeden Fluß gestellten, von den verschiedenen Wirtschaftskörpern auch sehr verschiedenen, zum Teil widersprechenden Anforderungen, die zum Ausgleich gebracht werden müssen. In anschaulicher Weise schilderte er die ewig sich verändernden Verhältnisse der Flüsse und ihre Ursachen und verteilte sich über die Notwendigkeit einer fortgesetzten und sachgemäßen Regulierung. Der Redner zeichnete dann ein Bild von dem Übergang der Regulierung der Elbe vom Jahre 1821 bis zum heutigen Tage. Zur Überwindung der Schwierigkeiten, die der Elbeseifahrt bei Magdeburg wegen der Spaltung der Elbe in Strom- und alte Elbe bei niedrigem Wasserstand entstehen, forderte der Redner die Erbauung eines rechtsseitigen Umgehungskanals. Ebenso empfahl er die Schaffung von Talperrren, um Zuzuwasser zu erhalten.

Der Syndikus der Handelskammer Hamburg, Dr. Dücker, sprach über die wirtschaftliche Bedeutung der Niedrigwasserregulierung. Sie müsse so schnell wie möglich in Angriff genommen werden. Es sei dringend notwendig, dem Ausbau der Verkehrswege Beachtung zu schenken. Die Regulierung der Oberelbe erweise sich als Hauptnotwendigkeit. Die Elbe könne in ihrer Bedeutung dem Rhein gleichkommen, wenn sie richtig ausgebaut werde. Die Interessenten hätten sich viel von dem Übergang der Wasserstraßen auf das Reich versprochen. Bis jetzt habe man von dies Vorteilen allerdings noch wenig gemerkt. Notwendig sei das Zusammenwirken von Eisenbahn und Seifahrt. Der Redner bewies durch einen Rückblick auf die ungeheuren wirtschaftlichen Schäden bei Lahmlegung der Seifahrt durch zu niedrigen Wasserstand die Notwendigkeit der Regulierung der Elbe. Die Industrie würde sich immer mehr an der Elbe ansiedeln und der Seifahrt Betätigung suchen; liege die Elbe doch in ihrem mittleren Laufe auch im Kohlengebiet. Es müsse auch eine Verbindung Elbe-Oder-Donau angestrebt werden. Die Seifahrt habe den Wunsch, daß die Behörden nun auch handeln.

Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Elbeseifahrt, Hauptmann a. D. Thiele, hielt einen Lichtbildvortrag über die Elbe als Verkehrsstraße. Der Rückgang des Transports der böhmischen Kohle habe namentlich die Privatschiffer schwer getroffen. Die Binnenseifahrt aber könne sich helfen, wenn sie es verstehe, die immer mehr sich ausdehnende Industrie Mitteldeutschlands sich nutzbar zu machen. Dadurch, daß der Elbeseifahrt ein natürliches Massentgut fehle, empfinde sie jede Schwankung im Wirtschaftsleben besonders stark. Sei das Los der Elbeseifahrt gegenwärtig auch kein rosiges, so bestehe doch die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten bei gewissenhafter Arbeit überwunden werden können.

ei Zum polnischen Tabakmonopol. Die „Gazeta Odska“ meldet, will die polnische Regierung vorläufig die Privatfabrikanten nicht übernehmen, sondern sich auf eine Kontrolle beschränken. In jeder Fabrik befindet sich ein Kontrollbeamter. Jeden Monat werden die Zigarettenpreise kalkuliert, außerdem werden aber neue Fabriken gegründet. Es sind bereits Fabriken in Krakau, Warschau, Winniki und Zablotow, gegründet worden. In kurzer Zeit in Radom, Kalisz, Monowin und anderen Orten. In Groppolen werden keine neuen Fabriken ent-

stehen, dafür aber in den Ostmarken. Erst nach der Gründung genügender Fabriken will die Regierung die Verwaltung der Fabriken übernehmen. Es soll auch ein Invalidengroßhandel ins Leben gerufen werden, um die Invaliden, die Zigaretten kaufen, vor Ausnutzung zu schützen. Später werden die Zigaretten auf keine Banderole mehr tragen.

Der Sport am Sonntag.

Hofesport.

ks. Der letzte Augustsonntag bringt auf allen sportlichen Gebieten eine Fülle von Ereignissen. Besonders lebhaft geht es im Rennsport zu. Hier steht Baden-Waden oben an. Das am Freitag begonnene fünfstägige Meeting wird am Sonntag fortgesetzt und bringt als Hauptereignis den Baskari-Preis. Diese für dreijährige und ältere Pferde offene Prüfung über 2400 m sollte sich zu einem Duell der Ställe Grady's und Weinberg's aufspielen, die durch Arenstein oder Freibeuter bzw. Zaland oder Simon vertreten sind. Auch die anderen Rennen versprechen interessante Entscheidungen. In Magdeburg stehen für die einzelnen Prüfungen wahre Riesenselder bereit. Nur der Große Preis von Magdeburg, die Hauptnummer des ganzen Meetings, ist mit vier Startern schwach besetzt. König Midas sollte keine große Mühe haben, seinen Erfolg vom Vortage zu wiederholen. — Sport-Emscher bietet am Schlusstage der Augustveranstaltung wieder interessanten Sport. Aus der Fülle der Ereignisse ragt der Preis der Schwarzen Diamanten hervor, ein über 1600 m führender Ausgleich, der Lichtfann und Feldgrau die besten Aussichten eröffnet. — Auf der Bremer Rennbahn kündigt die Woche zum letzten Male in diesem Jahre zum Start.

Fußball.

* Die große Veranstaltung im Sportpark Grüneiche wird am Sonntag fortgesetzt. Die Vereinigten Breslauer Sportfreunde treffen mit Wacker-Wien zusammen.

Leichtathletik.

Den leichtathletischen Kämpfen sieht die Breslauer Sportwelt mit besonderer Spannung entgegen, geben diesmal doch die Beiten aus dem Reiche und aus Süddeutschland an den Start. Im 100-Meter-Laufen wird voraussichtlich Forman vom Deutschen Sportklub den Sieg an sich bringen, während sein Klubkamerad Renell über 200 Meter erfolgreich sein sollte. Das schönste und interessanteste Rennen des Tages berichtet das 400-Meter-Malllaufen zu werden, in dem der Pehendorfer Reformmann von Massow kaum zu schlagen ist. Auch vom Deutschen Sportklub und der Charlottenburger Freizeitsportler dürften sich ein scharfes Rennen um den 2. Platz liefern.

Rudersport.

Eine ruderportliche Veranstaltung von hoher Bedeutung geht am Sonntag in Wien vor sich. Zum zweiten Male kommt dort der große Ostmarkenachter zwischen den Städten Wien-Breslau-Stettin zum Austrag. Im vorigen Jahr wurde dieses Rennen zum ersten Mal in Breslau ausgetragen. Die Wiener Mannschaft des N. C. Donauklub feierte damals einen knappen Sieg über Bratislavia Breslau. Stettin landete zwei Bootslängen zurück hinter Breslau. Auf ihrem eigenen Wasser werden voraussichtlich auch diesmal die Elterreicher einen Sieg herausziehen. Der Schlesische Regatta-Verein hat diesmal eine formidablere Mannschaft entsandt, die sich aus Mitgliedern des 1. Breslauer R. V. und des R. V. Bratislavia zusammensetzt.

Schwimmisport.

Zu den vom Budapesti III Terna-Club veranstalteten internationalen Wettkämpfen in Budapest haben die Württembergischen Freudenberger und Oberhamm entsandt. Unter Führung von Müller, ihrem sportlichen Leiter, wird eine Mannschaft, unter der sich Alberts, Baranski, Neugebauer, Kunisch, Busch oder Josef befinden, zur Verteidigung der drei Württembergischen bei den internationalen Wettkämpfen des Reichenerberger Sportclub und des Wasserbadklub E. W. in Raffersdorf am Sonntag antreten.

Radsport.

Zum zehnten Male wird am Sonntag auf der Radrennbahn in Breslau-Grüneiche das Meisterschaftsmeeting in Szene gehen. Die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Rennfahrerverbandes ruft ihre Getreuen zu diesem Wettkampftreffen zusammen, und wenn diesmal auch nicht die großen Kanonen auf dem Programm stehen, so versprechen die Rennen wegen der Gleichmäßigkeit der einzelnen Fahrer dennoch interessante Kämpfe. Meier, Trenzsch, Neumann, Rosenberger, Anders, Fackner und der an den Sturzabfahrern übergetretene Feja werden sich in der langen Meisterschaft gegenüberstellen. In zwei Vorläufen über je 20 Kilometer sollen sich die Fahrer für den 30-Kilometer-Erdbau qualifizieren, und dann um die Meisterschaftswürde streiten. Die größten Aussichten auf den Sieg dürfte Meier haben, der in seinen beiden letzten Rennen gezeigt hat, daß er das Fahren hinter Motoren jetzt gelernt hat. Dort bedrängen dürften den Fliegermeister von 1920 Trenzsch und Neumann.

Leichter als in der letzten Meisterschaft ist es, den voraussichtlichen Sieger zu nennen. Kris Knappe, der Meister des Vorjahres, ist seinen Mitbewerbern bei weitem überlegen, so daß er sein Rennen unangefochten nach Hause fahren dürfte, es sei denn, daß Defekte ihm den Weg zum Siege verlegen. Schneider, Pohl, Buchwald, Schalk, Böschnick und Jakob dürften auf den nächsten Plätzen landen.

Wasserstandsnotizen.

	24.	25.	26.	1.54	24.	25.	26.	1.
Katibor	1.10	1.42	1.26	1.54	Breslau OP.	4.78	4.72	4.70
Cosel	0.88	0.78	0.78	0.88	Breslau OP.	-0.65	-0.80	-0.76
Krapitz	2.14	2.10	2.11	2.30	Ransern OP.	5.24	5.10	5.10
Neisse	-0.68	-0.54	—	—	Ransern OP.	2.02	1.88	1.82
— Md. OP.	3.80	3.80	3.80	3.80	Dyhernfurth	1.23	1.24	1.18
— Md. OP.	1.44	1.50	1.64	4.01	Stoinau	0.94	0.79	—
Brieg OP.	4.38	4.30	4.44	1.37	Tschinberg	0.63	—	1.44
— Malsbarn	2.01	1.78	1.99	1.37	Fürstenberg	+0.30	+0.34	—
Treschen	1.02	1.12	1.09	1.10	Temp. d. Od. 7 Uhr morg.	+16.4	—	—

Ausfuhrungshöhe für die Oder-Ohle- und Schwarzwasser-Niederung Treschen 3.25.

Niedrigwasserprognose.

26. August.	24. August.			25. August.			26. August.		
	Tag	Nacht	Stand	Tag	Nacht	Stand	Tag	Nacht	Stand
Deobacht in Dyhernfurth	23.18	1.32	1.23	24.18	1.23	1.23	25.18	1.24	1.51
Vorausg. für Steinau	24	2 V	0.92	25	2 N	0.83	26	2 V	0.83
Glogau	25	2 V	0.92	26	2 N	0.88	27	2 V	0.88
Tschinberg	26	6 V	0.57	27	6 V	0.52	28	6 V	0.48
Grossen	27	2 V	0.87	28	2 V	0.82	29	2 V	0.80
Kürtenhera	27	10 N	0.28	28	10 N	0.27	29	10 N	0.26

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

26. Aug.	Temperatur			Wind	Wetter	26. Aug.	Temperatur			Wind	Wetter
	heute	Max.	Min.				heute	Max.	Min.		
Rosenfeld	15	19	13	W 4	—	14	16	11	SW 2	0	haltig
Bautzen OS.	14	19	11	SW 1	—	14	16	11	SW 2	0	haltig
Malsbarn	15	16	10	SW 1	—	13	18	10	W 2	0	wolkig
Friedland	12	14	9	SW 1	—	—	—	—	—	—	—

Wetterprognosen.

Nachdem sich die große Depression im Norden Europas langsam ausgefüllt hat, ist am Sonntag das Wetter des südlichen Mitteleuropas noch unklar, liegt aber annähernd Helium zu Gunsten. Trop kalte Nächte ist am Sonntag tagsüber mäßigeres, teilweise heiteres Wetter zu erwarten.

Schauspielhaus. Heute: „Die Fajaders.“

Verantwortlich für den polnischen Teil Otto Freilinger. Für den preussischen Teil und den weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Freilinger, beide in Breslau. — Druck von Wilh. Goll. K. v. A. in Breslau.